

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4666 –**

Sport als Prävention – Mehr Bewegung für ein gesünderes Leben

A. Problem

Viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind nicht ausreichend körperlich aktiv. Die Corona-Pandemie hat dieses Problem – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen – verschärft. Durch Erkrankungen, die auf Bewegungsmangel und Übergewicht zurückzuführen sind, resultieren erhebliche Belastungen auch für das Gesundheitswesen.

B. Lösung

Die CDU/CSU-Fraktion möchte diese Entwicklung nicht hinnehmen und hat zur Problemlösung unter Einbezug von Experten und Sportverbandsvertretern konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen für mehr Bewegung und eine erfolgreiche Gesundheitsprävention zu ergreifen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4666 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Bettina Lugk
Berichterstatlerin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bettina Lugk, Fritz Güntzler, Marcel Emmerich, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/4666** in seiner 73. Sitzung am 1. Dezember 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag einbringende Fraktion der CDU/CSU fordert von der Bundesregierung die Umsetzung ihrer Handlungsempfehlungen, die verschiedene Maßnahmen für mehr Bewegung und eine erfolgreiche Gesundheitsprävention umfasst. Die Bundesregierung soll alle Beteiligten aus den Bereichen Sport und Gesundheit zur Stärkung von Prävention einbinden und den Stellenwert des Sports auch institutionell angemessen gewährleisten. Das gelte auch für die Länder, die insbesondere drei Schulsportstunden pro Woche durch ausgebildete Sportlehrer zu garantieren hätten. Die Deutsche Schulsportstiftung soll gestärkt werden und mehr Schülerinnen und Schülern Erfahrungen in Wettkampfsportarten ermöglichen. Verstärkt werden sollen die Bemühungen zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen, bei denen alle, finanziell entsprechend unterlegte, Sport- und Präventionsprogramme anzusetzen hätten und alle Akteure gleichberechtigt zu beteiligen seien. Ein Programm sei zu entwickeln, das Forschung und Wissenschaft im Bereich der Prävention eine finanziell angemessene Ausstattung garantiere. Vorhandene Präventionsangebote müssten stärker vernetzt und das Präventionsgesetz weiterentwickelt werden. Die Nationale Diabetes-Strategie müsse umgesetzt und weiterentwickelt werden und um eine Nationale Adipositas-Strategie ergänzt werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst solle gestärkt werden, um die vulnerablen Gruppen in ihren Lebenswelten gezielter anzusprechen. Programme zur Ansprache aller Schichten der Bevölkerung seien nötig, um breiten Zugang zum Sport zu eröffnen. Das Sporttreiben müsse in modernen und barrierefreien Sportstätten ermöglicht werden, hierzu sei der „Investitionspakt Sportstättenbau“ weiterzuführen. Darüber hinaus werden spezifische Förderprogramme für Menschen mit Behinderungen im Leistungs-, Breiten- und Rehabilitations-sport und deren barrierefreier Zugang zu bedürfnisgerechten Angeboten gefordert. Stärker Berücksichtigung finden müssten die Belange von Trainern und Übungsleitern, ohne die der Breitensport nicht stattfindet. Zur Motivation vor allem junger Menschen müsse sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Sportgroßveranstaltungen in Deutschland stattfänden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 35. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 25. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 34. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 27. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 50. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 27. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4666 in seiner 23. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass die Koalition selbstverständlich die Bedeutung von Sport und Bewegung für ein gesünderes Leben kenne und dementsprechend handle. Bereits am 28. September 2022 habe auf Initiative der Koalitionsfraktionen ein gemeinsames Treffen des Sportausschusses und des Ausschusses für Gesundheit stattgefunden. Die Bundesregierung habe zudem zahlreiche Präventionsprogramme in verschiedenen Bundesressorts, darunter das Programm „Neustart nach Corona“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und das „Zukunftspaket Bewegung, Kultur und Gesundheit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gestartet sowie den Runden Tisch „Bewegung und Gesundheit“ im Bundesministerium für Gesundheit ins Leben gerufen. Zudem zeige die Bundesregierung mit dem Bewegungsgipfel am 13. Dezember 2022 ein weiteres Mal, dass sie Sport und Bewegung nicht losgelöst von gesellschaftlichen Zusammenhängen denke. Die SPD-Fraktion kritisierte, dass die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag den fälschlichen Eindruck erwecke, dass sich die Koalitionsfraktionen der positiven Auswirkungen von Bewegung und Sport auf ein gesünderes Leben nicht bewusst seien und nicht dementsprechend handeln würden. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass ihr Antrag einen grassierenden Bewegungsmangel in Deutschland feststelle und Lösungsvorschläge im Bereich Sport und Prävention nicht zuletzt auch deshalb entwickle, um hohe Folgekosten für das Gesundheitssystem abzuwehren. Es sei zwingend erforderlich, einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz unter Einbeziehung aller Stakeholder zu wählen, um die durch fehlende Bewegung verursachten Probleme zu lösen. Zugleich betonte sie, dass die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung, beispielsweise der Bewegungsgipfel am 13. Dezember 2022, allenfalls ein erster Ansatz seien, aber bei weitem nicht ausreichten, um die bestehenden Defizite aufzuarbeiten. Es bedürfe eines umfassenden und nachhaltigen Ansatzes.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass man die Sportpolitik der Regierungskoalition weiter auf einem sehr guten Weg sehe. In diesem Zusammenhang sei insbesondere die Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Bundeshaushalt für einen nationalen Präventionsplan zu nennen, außerdem habe man mit Modellprojekten wie „GeniAL“ oder „Bewegte Zukunft“ begonnen. Im vorliegenden Antrag seien oppositionsseitig einige Maßnahmen für mehr Prävention durch Sport genannt, die man zurzeit auch in den Ministerien ausarbeite und

zwischen den Ressorts abstimme. Zu Beginn des Jahres 2023 sei mit der Vorstellung der weiteren Koalitionsvorhaben in der Öffentlichkeit und im Bundestag zu rechnen. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die antragstellende Fraktion auf eine schnelle Abstimmung ihres Antrages in den Ausschüssen verzichtet hätte, damit man im Jahr 2023 die parlamentarischen Initiativen vergleichen und gemeinsam zur Beratung und Abstimmung hätte stellen können. Ausdrücklich werde jedoch hervorgehoben, dass die Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker der Regierungsfractionen und der antragstellenden Fraktion nicht weit auseinander lägen. An der einen oder anderen Stelle, zum Beispiel bei der Schaffung besserer Möglichkeiten für die körperliche Bewegung im Alltag, hätte man mehr Substanz im vorliegenden Antrag erwarten können. Auch seien die guten Ergebnisse des Bewegungsgipfels von Politik und Sport vom 13. Dezember 2022 leider nicht eingearbeitet worden.

Die **Fraktion der AfD** unterstützte den Antrag der Unionsfraktion. Mehrere Forderungen des Antrags seien auch in Anträgen der AfD-Fraktion enthalten und stünden auch so in den sportpolitischen Thesen der AfD-Fraktion. Dies seien unter anderem als erstes die Forderung nach einem größeren Stellenwert des Sports in Deutschland, dazu die Verbesserung und Stärkung der Situation von Trainern und Übungsleitern und auch die Motivation, sich dafür einzusetzen, dass Sportgroßveranstaltungen in Deutschland stattfänden und natürlich die Forderungen zu gesundheitspolitischen Aspekten des Sports. Zum Sportunterricht in der Schule gehe die Forderung der AfD-Fraktion sogar weiter. Hier sollten vier Sportstunden (zwei Doppelstunden) angestrebt werden.

Die **Fraktion der FDP** bemängelte, dass im Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu den geforderten Förderprogrammen für Menschen mit Behinderungen und Programmen zur Ansprache aller Schichten der Bevölkerung keine Angaben zu Kosten oder Angeboten enthalten seien. Es werde auch kein Konzept vorgestellt, auf dessen Grundlage ein kompetentes Programm entwickelt werden könnte. Zudem lasse die Forderung, dass der Schulsport drei Unterrichtsstunden zu gewährleisten habe, das damit zusammenhängende Kernproblem des Personalmangels an deutschen Schulen außer Betracht. Der Beruf des Sportlehrers sollte mehr gefördert und lukrativer gestaltet werden. An den Schulen Deutschlands herrsche ein großer Fachkräftemangel, daher müsse am Ursprung des Problems angesetzt werden. Für die Sanierung der Sportstätten habe die Bundesregierung bereits das „Investitionspaket Sportstätten“ aufgesetzt, das auch die Barrierefreiheit von Sportstätten beinhalte. Das Thema werde also bereits umfassend angegangen. Darüber hinaus habe die Bundesregierung einen Bewegungsgipfel veranstaltet, bei dem zum Ende der Veranstaltung die Grundzüge des Entwicklungsplans Sport als konkretes Ziel- und Maßnahmenpaket zusammengeführt würden. Diese Veranstaltung werde als Auftakt für den Entwicklungsplan Sport genutzt, der im Antrag keine Erwähnung finde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass die CDU/CSU-Fraktion mit den vorgeschlagenen 17 Punkten des Antrags eine 180-Grad-Wende gegenüber der „Seehoferschen Sportpolitik“ der vergangenen Jahre ziehe. Bisher seien Sport- und Gesundheitspolitik bei der Bundesregierung kaum miteinander verbunden gewesen. Das müsse sich ändern, Sport brauche einen anderen Stellenwert in der Gesellschaft. Deshalb stimme die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion auch zu. DIE LINKE fordere weiterhin, dass der Sport und die Kultur als Staatsziele im Artikel 20a des Grundgesetzes verankert würden. Das von der Koalition geplante Sportfördergesetz des Bundes müsse nicht nur auf den Spitzensport, sondern auf den Sport in seiner ganzen Breite ausgerichtet werden. Auch brauche der Sport einen anderen Platz in der Bundesregierung, also nicht weiter beim Bundesinnenministerium unter fernerliefen und ohne Namensschild, sondern wie die Kultur angesiedelt im Kanzleramt oder als eigenständiges Bundesministerium, gegebenenfalls auch gekoppelt mit den Bereichen Kultur und Tourismus. Einige Punkte im Antrag seien nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. nicht neu, zum Beispiel zum Sport an den Schulen und zum Schwimmunterricht. Hierzu habe die Kultusministerkonferenz bereit 2017 entsprechende Beschlüsse gefasst, allerdings habe es hinsichtlich der Umsetzung in den vergangenen fünf Jahren kaum Veränderungen gegeben. Hier müssten Bund, Länder und Kommunen endlich abgestimmte und wirksame Maßnahmen ergreifen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Bettina Lugk
Berichterstatlerin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Marcel Emmerich
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

